

## Wie recht Carl Albert Loosli hatte und hat

Der 2007 erschienene Band 2: Strafrecht und Strafvollzug der Werke von Carl Albert Loosli, die Fredi Lerch und Erwin Marti von 2002 bis 2009 herausgaben, trägt die Überschrift: **Administrativjustiz**. Mit dieser stellen die Herausgeber zu Recht die unheilvolle Verwaltungspraxis ins Zentrum unter der Loosli und viele andere in ihren jungen Jahren und viele auch zeitlebens arg zu leiden hatten. Es ist heute nur schwer nachvollziehbar, wie sich solche rechtlich und menschlich unhaltbare Verfahren und Massnahmen entwickeln und noch bis vor nicht so langer Zeit halten konnten. Rechtlich läutete erst ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg ihr Ende ein. Anstelle der administrativen Versorgung von nicht ganz ins gesellschaftliche Schema passenden Mitmenschen ohne eine richterliche Kontrolle trat die seit 1981 in den Artikeln 397 a bis f unseres Zivilgesetzbuches geregelte Fürsorgerische Freiheitsentziehung. Mit dieser wurde eine genügend klare und Willkür verhindernde gesetzliche Grundlage geschaffen, aufgrund welcher allein Anstaltseinweisungen und andere Massnahmen verfügt werden dürfen. Gleichzeitig wurden den Betroffenen die notwendigen Rechtsmittel zur Verfügung gestellt, um sich bei den zuständigen Gerichten bis hin zum Bundesgericht dagegen zur Wehr setzen können, wenn die Massnahme als ungerechtfertigt betrachtet wird.

In ihrer Einführung zeigen die Herausgeber die unglaublichen Zahlen von Verdingkindern und in Erziehungsanstalten versorgten Kindern und Jugendlichen auf. Sie rücken auch die Grundaussagen in den in diesem Band publizierten Schriften C.A. Looslis sehr gut strukturiert ins Licht. Die Texte und Dokumente Looslis veranschaulichen die rechtlich unhaltbare Praxis und die unmenschlichsten Bedingungen, unter denen die Opfer ihr Leben fristen mussten, in lehrreicher Weise. *In ihnen kommt ein für seine Zeit in vielerlei Hinsicht erstaunliches, aufgeschlossenes Rechtsdenken des juristisch, wenn nicht autodidaktisch, nicht gebildeten Carl Albert Loosli zum Ausdruck.*

Die fundamentale Gleichheit aller Menschen Looslis Ausgangspunkt und Grundanliegen, das seine Zeitgenossen jedoch kaum teilten und die Behörden arg missachteten. Sie war für ihn ein wichtiger Ansatz in seinem stetigen Kampf gegen die ungerechtfertigten und ungerechten Anstaltsversorgungen und das unselige Verdingkindertum und vieles andere mehr. Er nahm den Grundsatz unserer Bundesverfassung, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, ernst und setzte sich für dessen konsequente Umsetzung ein, obwohl dies weitgehend ein Kampf gegen Windmühlen war. Er prangerte vor allem an, dass im Recht seiner Zeit nur das Eigentum nicht aber der Mensch Rechtsschutz geniesse. Mit der Forderung nach öffentlichen Verfahren vor von den Behörden unabhängigen Richtern verlangte er etwas ganz Wesentliches für den Rechtsstaat, nämlich gerechte und transparente Verfahren mit rechtlichem Gehör, d.h. in denen die betroffene Person Subjekt und nicht nur Objekt sein müsse, wie dies heute erreicht ist.

Loosli verlangte jedoch nicht nur Rechtsstaatlichkeit. Mit seinen Forderungen zur besseren Vermittlung von Rechtskenntnissen den Bürgerinnen und Bürgern, damit die Demokratie auch funktioniere, vertrat er im Kern zudem den Gedanken der Untrennbarkeit von Demokratie und Rechtsstaat, der es jedoch auch heute noch schwer hat, sich die Bahn wirklich zu brechen. Das Unrecht nie Recht sein kann, war für einen Loosli so klar, dass er angesichts der neuesten Erfahrungen mit eidgenössischen Volksinitiativen erkennen würde, dass auch solche nicht Unrecht schaffen dürfen, sondern ungültig erklärt werden müssen, wenn sie Grund- und Menschenrechte verletzen.

Sein Aufsatz „Vom Recht“ (S. 333 ff.), der erstmals vollständig veröffentlicht wird, ist ein Beleg dafür. Dieser beginnt und schliesst mit dem biblischen Satz: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“, der sich gemäss Loosli „durch Jahrtausende praktisch erwahrt hat. Denn wo die Gerechtigkeit unvorhanden ist oder auch nur vermindert ist, rennen Volk und Staat raschem Verderben entgegen. Das gilt ganz besonders für demokratisch gegliederte Völker, also vor allem für uns Schweizer“. Aus dieser Überzeugung heraus fordert Loosli, dass sich der Staat „als wirklicher Rechts-, nicht aber als Macht-, Polizei- und Willkürstaat zu gliedern und zu behaupten versteht“.

In Vielem, was Carl Albert Loosli in einer mehr als klaren, da und dort vielleicht auch allzu hart anklagenden Sprache einforderte, nahm er grundlegende Forderungen vorweg, die heute aus den in unserer Bundesverfassung verankerten Grundrechten und den Menschenrechte - die insbesondere in der durch die Schweiz ratifizierten Europäischen Menschenrechtskonvention festgeschrieben sind - abgeleitet und begründet werden. Mit seinem Kampf für eine Vermenschlichung des Strafvollzuges und wenn er anklagte, Gefangene seien geschlagen worden, ist darin die Einforderung des grundlegendsten aller Grund- und Menschenrechte zu erblicken, nämlich jenes auf die unantastbare Würde eines jeden Menschen. Das ist - auch wenn man sich in den Einzelheiten nicht überall mit ihm einverstanden erklären kann - das Wertvolle in den Schriften Looslis. Das Grundrecht, das die Würde des Menschen zu achten und zu schützen gebietet (Artikel 7 der Bundesverfassung), verhindert, dass die Missstände, die Loosli ins Visier nimmt, heute allzu oft mit den Umständen und Auffassungen seiner Zeit erklärt und entschuldigt werden. Die in der Menschenwürde wurzelnden Menschenrechte sind von ihrer Natur her zeitlos. Die Würde der Menschen jener Zeit war keine andere als die unserer Tage.

Die vielfältigen Beispiele von durch die Administrativjustiz verursachten menschlichen Schicksalen in den Texten C.A. Looslis veranschaulichen nicht nur die Rechtsverhältnisse seiner Zeit, sondern zugleich auch die sozialen Verhältnisse, die ebenso angeprangert werden. Sie sind auch heute noch eindruckliches Anschauungsmaterial dafür, was Mitmenschen wie du und ich angetan werden kann, wenn sich unsere Demokratie nicht als unverbrüchlicher Garant der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit versteht und diese nicht immer besser verwirklicht. Wirkliche Volkssouveränität besteht allein, wenn sich Menschen unter gleichen Teilnahmerechten für alle zusammenschliessen, um in ihrer Gemeinschaft auch gleiche Rechte für alle zu gewähren, wie der heute führende Rechtsphilosoph Jürgen Habermas überzeugend darlegt. Aus den engagierten Schriften Looslis hätten die damaligen Verantwortungsträger in der Politik und in der Justiz viel lernen können. Sie hätten damit viel Unrecht und Leid vermeiden können. Unrecht gilt es durchaus auch heute noch zu verhindern, auch wenn unser Rechtsstaat ohne Zweifel grösste Fortschritte gemacht hat, weshalb auch wir noch viel daraus lernen können.

Das Verständnis für den Rechtsstaat und vor allem dafür, dass die Demokratie ohne konsequente Rechtsstaatlichkeit keine wirkliche Herrschaft eines Volkes ist, die allen ihm angehörigen Mitmenschen in jedem Fall die gleichen Rechte sicherstellt, ist zu wenig gefestigt. Garant dafür ist die Gewaltenteilung - eine Forderung die Loosli ebenso wie die bereits erwähnten, ohne diese zu nennen, deutlich erhob, wenn er die richterliche Kontrolle für administrative Versorgungen und gerechte Verfahren verlangte. Die Gewaltenteilung und -trennung bedeutet, dass eine unvoreingenommene und unabhängige Justiz für die Rechtsanwendung zuständig ist und dort das letzte Wort hat. Sind Bundesgesetze hingegen nach wie vor für das Bundesgericht und die anderen rechtsanwendenden Behörden auch bei Verletzung von Grundrechten unserer Bundesverfassung massgebend - wie dies der Artikel

190 unserer Bundesverfassung noch vorschreibt und sich der Ständerat im Gegensatz zum Nationalrat noch kürzlich zu streichen weigerte -, braucht es offenbar wiederum erst Missstände, wie sie in den in verdienstvoller Weise edierten Publikationen Carl Albert Looslis zur Administrativjustiz aufgezeigt werden, bis die Zeit für die notwendigen Änderungen reif ist.

Die heillosen Missstände mit Verdingkindern und administrativen Versorgungen werden heute in löblicher Weise aufgearbeitet und den Opfern kommt mit den offiziellen Entschuldigungen wenigstens moralische Wiedergutmachung zuteil. Die zusätzliche Lehre aus dieser unserer noch jungen Geschichte müsste jedoch sein, jede Lücke im Schutze der grundlegenden Menschenrechte unverzüglich und ohne wenn und aber zu schliessen.

Valbella, 11. Oktober 2012

dr. iur., dr. h.c. Giusep Nay  
a. Bundesgerichtspräsident